

BELGISCHE KAMER VAN
VOLKSVERTEGENWOORDIGERS

2 mei 2018

WETSVOORSTEL

**tot wijziging van de wet van 31 december
1983 tot hervorming der instellingen
voor de Duitstalige Gemeenschap**

CHAMBRE DES REPRÉSENTANTS
DE BELGIQUE

2 mai 2018

PROPOSITION DE LOI

**modifiant la loi de réformes
institutionnelles du 31 décembre 1983
pour la Communauté germanophone**

**GUTACHTEN VOM PARLAMENT DER
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

**ADVIES VAN HET PARLEMENT VAN DE
DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**AVIS DU PARLEMENT DE LA COMMUNAUTE
GERMANOPHONE**

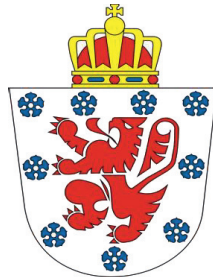
Zie:

Doc 54 **0930/ (2014/2015):**
001: Wetsvoorstel van mevrouw Fonck.

Voir:

Doc 54 **0930/ (2014/2015):**
001: Proposition de loi de Mme Fonck.

8448



PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

- 23. APRIL 2018 – BEGRÜNDETES GUTACHTEN ZUM**
- **GESETZESVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 31. DEZEMBER 1983 ÜBER INSTITUTIONELLE REFORMEN FÜR DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT IN BEZUG AUF DIE ANHÄUFUNG VON ENTSCHÄDIGUNGEN, DIE SICH AUS DER AUSÜBUNG ÖFFENTLICHER MANDATE, ÄMTER UND FUNKTIONEN POLITISCHER ART ERGEBEN, HINTERLEGT VON HERRN EMMANUEL BURTON UND ANDEREN ABGEORDNETEN (DOK 54 2813/001-3);**
 - **GESETZESVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 31. DEZEMBER 1983 ÜBER INSTITUTIONELLE REFORMEN FÜR DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT IN BEZUG AUF DIE MANDATSHÄUFUNG, HINTERLEGT VON FRAU KATJA GABRIËLS UND ANDEREN ABGEORDNETEN (DOK 54 2817/001-2);**
 - **GESETZESVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 31. DEZEMBER 1983 ÜBER INSTITUTIONELLE REFORMEN FÜR DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT, HINTERLEGT VON FRAU CATHERINE FONCK (DOK 54 0930/001)**

Sitzungsperiode 2017-2018

Nummerierte Dokumente: 224 (2017-2018) Nr. 1

Anfrage auf Abgabe eines
Gutachtens

224 (2017-2018) Nr. 2

Vorschlag

Ausführlicher Bericht: 23. April 2018 – Nr. 50

Diskussion und Abstimmung

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen:

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist am 16. Februar 2018 eine Gutachtenanfrage vom Präsidenten der Abgeordnetenkommer gemäß Artikel 78 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 zu den oben genannten Gesetzesvorschlägen und den diesbezüglichen Abänderungsvorschlägen eingegangen.¹

Die beiden ersten zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschläge (Dok. Kammer-54 2813/001-3 und Dok. Kammer-54 2817/001-2) sind Teil einer Serie von insgesamt 19 Initiativen, die allesamt darauf abzielen, die Empfehlungen der in der Abgeordnetenkommer gebildeten Arbeitsgruppe zur politischen Erneuerung² umzusetzen. Der dritte Gesetzesvorschlag (Dok. Kammer-54 0930/001) ist ein bereits früher hinterlegter Gesetzesvorschlag, dessen Gegenstand nahezu identisch ist mit dem im Kammerdokument 54 2817/001 abgedruckten Gesetzesvorschlag.

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Das Parlament stellt fest, dass es zwischen den drei zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschlägen und den übrigen Initiativen zur politischen Erneuerung offensichtliche Zusammenhänge gibt. Dies trifft insbesondere auf den Gesetzesentwurf zur Abänderung der Gesetzgebung über die Mandatslisten und die Vermögenserklärungen zu (vgl. Dok. Kammer-54 2810/006 bzw. Dok. Senat-6 408/001), der direkte Auswirkungen auf das Statut zahlreicher Mandats-, Amts- und Funktionsträger auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben wird, was angesichts des oftmals spezifischen Statuts dieser Personen eine besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Umstands, dass die Beratungen auf föderaler Ebene zu dem in den Dokumenten Dok. Kammer-54-2810/006 bzw. Dok. Senat-6-408/1 abgedruckten Gesetzesentwurf bereits weit fortgeschritten waren, beschloss der zuständige Ausschuss des Parlaments, ebenfalls Bemerkungen zu diesem Gesetzesentwurf auszuarbeiten und diese dem Präsidenten der Abgeordnetenkommer und der Präsidentin des Senats bereits vor Verabschiedung des vorliegenden Gutachtens zuzustellen.

Das Parlament bestätigt nunmehr diese Bemerkungen, die im Anhang nochmals aufgeführt sind.

ZU DEN VORGELEGTEN GESETZESVORSCHLÄGEN

Das Parlament erinnert daran, dass seine Mitglieder über ein spezifisches Statut verfügen, das sich – abgesehen vom Präsidenten und vom Gemeinschaftssenator – in puncto Vergütungs- und Pensionsregelung an einer als nebenamtlich definierten Parlamentstätigkeit orientiert und daher nicht mit dem hauptamtlich ausgerichteten Statut der übrigen Parlamentarier des Landes vergleichbar ist.

Vor diesem Hintergrund wird das Parlament jedes Mal dann, wenn es dies für notwendig erachtet, Sonderregelungen für seine Mitglieder einfordern.

In Bezug auf die zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschläge stellt das Parlament fest, dass es aufgrund des im vorherigen Absatz angesprochenen spezifischen Statuts einer alternativen Formulierung bedarf, die von derjenigen abweicht, die für die übrigen Parlamentarier des Landes vorgesehen ist.

¹ Siehe Dokument 224 (2017-2018) Nr. 1.

² Vgl. Dok. Kammer-54 2584/001.

Wie der Begründung der zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschläge³ und dem Bericht der in der Abgeordnetenversammlung eingesetzten Arbeitsgruppe zur politischen Erneuerung⁴ zu entnehmen ist, bildet die sogenannte „150 %-Regel“ – auch nach Annahme der vorgeschlagenen Anpassungen – weiterhin die Grundlage für die Begrenzung der Einkünfte eines Parlamentariers. Dieser Regelung zufolge dürfen die Einkünfte, die ein Parlamentarier sowohl aufgrund seines parlamentarischen Mandats als auch aufgrund anderer öffentlicher Mandate, Ämter oder Funktionen erhält, insgesamt nicht mehr als 150 % der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung betragen.

In der derzeit für alle Parlamentarier geltenden einschlägigen Gesetzgebung⁵ wird diese Begrenzung der Einkünfte unter alleiniger Bezugnahme auf die Einkünfte festgelegt, die ein Parlamentarier für die außerparlamentarischen öffentlichen Mandate, Ämter oder Funktionen erhält. Demnach dürfen diese Einkünfte die Hälfte (50 %) des Betrags der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung nicht überschreiten.

Für die Mitglieder des föderalen Parlaments, der Regionalparlamente und der übrigen Gemeinschaftsparlamente ist diese Formulierung nachvollziehbar, da die parlamentarische Entschädigung für alle nahezu identisch ist und derjenigen der Abgeordnetenversammlung entspricht.

Für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann diese Formulierung hingegen weitreichende Auswirkungen haben, da ihre parlamentarische Entschädigung sich an einer als nebenamtlich definierten Parlamentstätigkeit orientiert und daher mit der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung nicht vergleichbar ist. Dieses spezifische Statut hat zur Folge, dass die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Umständen auf die Einkünfte für außerparlamentarische Mandate, Ämter oder Funktionen angewiesen sind, um eine angemessene Gesamtentlohnung zu erhalten. Die mit der derzeitigen Formulierung einhergehende Begrenzung der außerparlamentarischen Einkünfte auf 50 % der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung steht diesem Bestreben gegebenenfalls im Weg und wirkt sich somit womöglich negativ auf die Zugänglichkeit des Parlamentsmandats in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus.

Das Parlament bittet daher darum, eine Anpassung von Artikel 14bis Absatz 1 des vorerwähnten Gesetzes vom 31. Dezember 1983 in den Gesetzesvorschlag aufzunehmen. Diese zusätzliche Anpassung wäre so zu formulieren, dass die Einkünfte, die ein Mitglied des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowohl aufgrund seines parlamentarischen Mandats als auch aufgrund anderer öffentlicher Mandate, Ämter oder Funktionen erhält, nicht 150 % der Entschädigung der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung überschreiten dürfen.

Das Parlament begrüßt im Übrigen die augenblicklich in den Gesetzesvorschlägen enthaltenen Anpassungen, die – was die Häufung von Entschädigungen aus öffentlichen Mandaten, Ämtern und Funktionen betrifft – dieselben Neuerungen wie diejenigen einführen, die für alle anderen Parlamentarier des Landes gelten sollen (vgl. Dok. Kammer-54 2811/001-4, Dok. Kammer-54 2812/001-3, Dok. Kammer-54 2815/001-2 und Dok. Kammer-54 2816/001-2).

³ Vgl. Dok. Kammer-54 2813/001, Seite 3 und K-54 2817/001, Seite 3.

⁴ Vgl. Dok. Kammer-54 2584/001, Seite 10.

⁵ Vgl. Art. 1quinquies Absatz 1 des Gesetzes vom 06.08.1931, Art. 31ter § 1bis Absatz 1 des Sondergesetzes vom 08.08.1980, Art. 14bis Absatz 1 des Gesetzes vom 31.12.1983 über institutionelle Reformen sowie Art. 25 § 1bis des Sondergesetzes vom 12.01.1989.

Aus technischer Sicht sollte dies nach Meinung des Parlaments zur Folge haben:

- dass im Hinblick auf die Verabschiedung der Anpassungen darauf zu achten ist, dass die Formulierung der Bestimmungen der zur Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschläge identisch zu derjenigen ist, die die anderen Parlamentarier des Landes betreffen bzw. die bereits in Bezug auf den Gesetzesentwurf zur Abänderung der Gesetzgebung über die Mandatslisten und die Vermögenserklärungen verabschiedet wurde (vgl. Dok. Kammer-54 2810/006) und
- dass der im Kammerdokument 54 2817/001 veröffentlichte Gesetzesvorschlag dem im Kammerdokument 54 0930/001 veröffentlichten Gesetzesvorschlag vorzuziehen ist.

Um die Rechte der Mandatare in der laufenden Legislaturperiode zu wahren, begrüßt das Parlament schließlich, dass die beabsichtigten Anpassungen am Tag nach der erstfolgenden Erneuerung der Abgeordnetenversammlung in Kraft treten.

ANHANG

BEMERKUNGEN ZUM GESETZESENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DER GESETZGEBUNG IN BEZUG AUF DIE MANDATSLISTEN UND DIE VERMÖGENSERKLÄRUNGEN HINSICHTLICH DER TRANSPARENZ DER VERGÜTUNGEN, DER AUSDEHNUNG AUF DIE ÖFFENTLICHEN VERWALTER, DER ELEKTRONISCHEN HINTERLEGUNG UND DER KONTROLLE

Kammerdokument 54-2810/006
Senatsdokument 6-408/001

Grundsätzliche Bemerkung

1. Der Gesetzesentwurf beinhaltet unter anderem Regelungen, die das Statut von öffentlichen Mandats-, Amts- und Funktionsträgern auf Ebene der kommunalen Einrichtungen, der ÖSHZ und der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingerichteten Dienste betrifft. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgrund der derzeit geltenden Zuständigkeitsverteilung für die Grundlagengesetzgebung in diesen Bereichen zuständig ist¹, wirft der Ausschuss die Frage auf, ob der föderale Gesetzgeber befugt ist, derartige Regelungen zu verabschieden.

Technische Bemerkungen

2. Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzesentwurfs erweitert den Kreis der Erklärungsspflichtigen auf die „inhaltlichen Mitarbeiter“ der Minister. Die vorgeschlagene Formulierung verweist in diesem Zusammenhang auf die „strategischen Organe der Föderalregierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft“. Der Ausschuss weist darauf hin, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft lediglich über Kabinettsmitarbeiter verfügt und keine strategischen Organe eingerichtet hat. Die Formulierung müsste folglich auf die spezifische Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst werden.
3. Artikel 10 Nr. 1 des Gesetzesentwurfs verpflichtet die Informationsbeauftragten, dem Rechnungshof unter anderem Angaben zur Größenordnung der privaten Einkünfte der Erklärungsspflichtigen zu übermitteln. Diese Information muss im Laufe des Monats Februar eines jeden Jahres bzw. im Laufe eines Monats nach Amtsantritt oder Amtsende erfolgen. Der Ausschuss weist darauf hin, dass die Informationsbeauftragten dieser Verpflichtung vermutlich nicht Folge leisten werden können, da sie nicht – bzw. zumindest zum angegebenen Zeitpunkt noch nicht – über entsprechende Informationen verfügen. Gegebenenfalls müsste diese Verpflichtung gestrichen oder aber weitere Maßnahmen vorgesehen werden, die die Informationsbeauftragten in die Lage versetzen, dieser Verpflichtung nachzukommen.

¹ Für die kommunalen Einrichtungen, vgl. Art. 1 des Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 27.04.2009, vom 05.05.2014 und vom 05.12.2015, sowie Art. 1 des gleichlautenden Dekrets der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004, abgeändert durch die Dekrete vom 30.04.2009, 28.04.2014 und 17.12.2015; für die ÖSHZ, vgl. Art. 4 §2 des Gesetzes vom 31.12.1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Kombination mit Art. 5 §1 II. Nr. 2 des Sondergesetzes vom 08.08.1980 zur Reform der Institutionen; für die Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vgl. Art. 5 §1 und 54 desselben Gesetzes vom 31.12.1983 in Kombination mit Art. 9 und 87 desselben Sondergesetzes vom 08.08.1980.

VOM PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ANGENOMMEN

Eupen, den 23. April 2018

Stephan THOMAS
Greffier

Alexander MIESEN
Präsident

NEDERLANDSE VERTALING

**PARLEMENT
VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**23 APRIL 2018 – GEMOTIVEERD ADVIES
IN VERBAND MET**

- **HET WETSVOORSTEL TOT WIJZIGING VAN DE WET VAN 31 DECEMBER 1983 TOT HERVORMING DER INSTELLINGEN VOOR DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP, WAT DE CUMULATIE VAN OPENBARE VERGOEDINGEN BETREFT (DOC KAMER-54 2813/001-3);**
- **HET WETSVOORSTEL TOT WIJZIGING VAN DE WET VAN 31 DECEMBER 1983 TOT HERVORMING DER INSTELLINGEN VOOR DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP, WAT DE CUMULATIE VAN MANDATEN BETREFT (DOC KAMER-54 2817/001-2);**
- **HET WETSVOORSTEL TOT WIJZIGING VAN DE WET TOT HERVORMING DER INSTELLINGEN VAN 31 DECEMBER 1983 VOOR DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP (DOC KAMER-54 0930/001)**

Zitting 2017-2018

Genummerde stukken:	224 (2017-2018) n° 1	Aanvraag tot verlening van advies
	224 (2017-2018) n° 2	Voorstel van advies
Integraal verslag:	23 april 2018 – n° 50	Bespreking en stemming

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het volgende aangenomen:

Overeenkomstig artikel 78 van de wet van 31 december 1983 heeft de voorzitter van de Kamer van volksvertegenwoordigers op 16 februari 2018 bij het Parlement van de Duitstalige gemeenschap een verzoek tot advies op bovengenoemde voorstellen van wet en de desbetreffende voorstellen van amendement ingediend.¹

De eerste twee wetsvoorstellen, die ter beoordeling werden voorgelegd (DOC Kamer-54 2813/001-3 en DOC Kamer-54 2817/001-2), maken deel uit van een reeks van 19 initiatieven, die allemaal gericht zijn op de omzetting van de aanbevelingen van de werkgroep voor politieke vernieuwing², die in de Kamer van volksvertegenwoordigers werd gevormd. Het derde wetsvoorstel (DOC Kamer-54 0930/001) is een wetsvoorstel dat reeds vroeger ingediend werd en waarvan het onderwerp bijna identiek is met het wetsvoorstel gedrukt in het kamerdocument 54 2817/001.

INLEIDENDE OPMERKINGEN

Het Parlement merkt op dat duidelijke verbanden bestaan tussen de drie ter beoordeling voorgelegde wetsvoorstellen en de overige initiatieven voor politieke vernieuwing. Dit geldt in het bijzonder voor het wetsontwerp tot wijziging van de wetgeving inzake mandatenlijst en vermogensaangifte (zie DOC Kamer-54 2810/006 resp. DOC Senaat-6 408/001), dat een directe impact zal hebben op het statuut van talrijke dragers van openbare mandaten, openbare ambten en openbare functies op het niveau van de Duitstalige gemeenschap. Dit vereist bijzondere aandacht, gezien het vaak specifieke statuut van deze personen.

Tegen deze achtergrond en met het oog op het feit dat de beraadslagingen over het wetsontwerp, dat in de documenten DOC Kamer-54-2810/006 resp. DOC Senaat-6-408/1 gedrukt is, op federaal niveau reeds ver waren gevorderd, heeft de bevoegde commissie van het Parlement besloten ook commentaar te geven op dit wetsontwerp en dit reeds vóór de aanneming van dit advies aan de voorzitter van de Kamer van volksvertegenwoordigers en aan de voorzitter van de Senaat te betekenen.

Bij deze bevestigt het Parlement dit commentaar, dat aan dit advies is toegevoegd.

OVER DE VOORGELEGDE WETSVOORSTELLEN

Het Parlement wijst erop dat zijn leden een specifiek statuut hebben, dat - met uitzondering van de mandaten van Voorzitter van het Parlement en van Gemeenschapssenator - op het terrein van de vergoedings- en pensioensregelingen als nevenfunctie gedefinieerd wordt. Het is daarom niet vergelijkbaar met het voltijds statuut van de resterende parlementsleden van het land.

Om deze redenen zal het Parlement telkens wanneer het dit nodig acht speciale regelingen voor zijn leden eisen.

Met betrekking tot de wetsvoorstellen die ter beoordeling worden voorgelegd wijst het Parlement op de noodzaak voor een alternatieve formulering, die verschilt van diegene die voor de andere parlementsleden in het land bestaat. Dit als gevolg van het specifieke statuut waarnaar in het vorige paragraaf wordt verwezen.

¹ Zie document 224 (2017-2018) nr. 1.

² Zie DOC Kamer-54 2584/001.

Zoals uit de motivering blijkt van de ter beoordeling voorgelegde wetsvoorstellen³ en van het verslag van de werkgroep voor politieke vernieuwing⁴, die is ingesteld door de Kamer van volksvertegenwoordigers, blijft de zogenaamde „150-regel” – zelfs na aanneming van de voorgestelde aanpassingen – de basis vormen voor de beperking van de inkomsten van een Parlementariër. Volgens deze regeling mag het inkomen ontvangen door een Parlementariër, zowel vanwege zijn parlementair mandaat als ook vanwege andere openbare mandaten, openbare ambten en openbare functies, niet meer bedragen dan 150% van de vergoeding die de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers ontvangen.

In de wetgeving terzake⁵ die momenteel voor alle parlementsleden geldt wordt deze beperking van het inkomen enkel bepaald door een verwijzing naar het inkomen, dat een Parlementariër voor de buitenparlementaire openbare mandaten, openbare ambten of openbare functies verkrijgt. Dienovereenkomstig mag dit inkomen niet hoger zijn dan de helft (50%) van het bedrag van de vergoeding van de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers.

Voor de leden van het federale Parlement, van de gewestparlementen en van de overige gemeenschapsparlementen is deze formulering begrijpelijk, aangezien de parlementaire vergoeding voor iedereen nagenoeg identiek is en overeenstemt met die van de Kamer van volksvertegenwoordigers.

Voor de leden van het Parlement van de Duitstalige gemeenschap kan deze formulering echter verstrekkende gevolgen hebben, aangezien hun parlementaire vergoeding als nevenfunctie gedefinieerd wordt. Daarom kan deze niet met de vergoeding van de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers vergeleken worden. Dit specifiek statuut heeft tot gevolg dat de leden van het Parlement van de Duitstalige gemeenschap afhankelijk zouden kunnen zijn van inkomsten voor buitenparlementaire openbare mandaten, openbare ambten of openbare functies om een redelijke totale vergoeding te ontvangen. De beperking van de buitenparlementaire inkomsten op 50% van de vergoeding van de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers, die uit de huidige formulering voortspuit, belemmert dit doel en kan daarom een negatief effect hebben op de toegankelijkheid van het parlementaire mandaat in de Duitstalige gemeenschap.

Het Parlement verzoekt daarom om een wijziging van artikel 14bis lid 1 van de bovengenoemde wet van 31 december 1983 in het wetsvoorstel op te nemen. Deze wijziging is zodanig te formuleren dat het inkomen dat een lid van het Parlement van de Duitstalige gemeenschap ontvangt, vanwege zijn parlementair mandaat evenals vanwege andere openbare mandaten, openbare ambten of openbare functies, niet hoger mag zijn dan 150% van de vergoeding die de leden van de Kamer van volksvertegenwoordigers ontvangen.

Het Parlement is bovendien ingenomen met de wijzigingen die momenteel in de wetsvoorstellen zijn opgenomen, die – betreffende de cumulatie van de openbare mandaten, de openbare ambten en de openbare functies – dezelfde vernieuwingen introduceren als die welke van toepassing zijn op alle andere parlementariërs in het land (zie DOC Kamer-54 2811/001-4, DOC Kamer-54 2812/001-3, DOC Kamer-54 2815/001-2 en DOC Kamer-54 2816/001-2).

Vanuit technisch oogpunt zou dit naar mening van het Parlement ertoe moeten leiden:

- dat de formulering van de bepalingen van de wetsvoorstellen die ter overweging zijn voorgelegd, met het oog op de goedkeuring van de wijzigingen, identiek is aan die

³ Zie DOC Kamer-54 2813/001, pagina 3 en K-54 2817/001, pagina 3.

⁴ Zie DOC Kamer-54 2584/001, pagina 10.

⁵ Zie art. 1quinquies lid 1 van de wet van 06.08.1931, art. 31ter §1bis lid 1 van de bijzondere wet van 08.08.1980, art. 14bis lid 1 van de wet van 31.12.1983 tot hervorming der instellingen evenals art. 25 §1bis van de bijzondere wet van 12.01.1989.

- voor de andere parlementsleden van het land resp. identiek is aan diegene die al is aangenomen met betrekking tot het wetsontwerp tot wijziging van de wetgeving inzake mandatenlijst en vermogensaangifte (zie DOC Kamer-54 2810/006) en
- dat het wetsvoorstel dat in het kamerdocument 54 2817/001 gepubliceerd werd de voorkeur verdient boven het wetsvoorstel dat in het kamerdocument 54 0930/001 gepubliceerd werd.

Om de rechten van de mandaathouders in de huidige legislatuurperiode te vrijwaren is het Parlement ten slotte ingenomen met het feit dat de voorgestelde aanpassingen in werking treden op de dag na de eerste volgende vernieuwing van de Kamer van volksvertegenwoordigers.

DOOR HET PARLEMENT VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP AANGENOMEN

Eupen, 23 april 2018

Stephan THOMAS
Griffier

Alexander MIESEN
Voorzitter

BIJLAGE

OPMERKINGEN MET BETREKKING TOT HET WETSONTWERP TOT WIJZIGING VAN DE WETGEVING INZAKE MANDATENLIJST EN VERMOGENSAANGIFTE WAT DE TRANSPARANTIE OVER DE VERGOEDINGEN, DE UITBREIDING NAAR OVERHEIDSBESTUURDERS, DE ELEKTRONISCHE INDIENING EN DE CONTROLE BETREFT

Document Kamer 54-2810/006

Document Senaat 6-408/001

Principiële opmerking

1. Het wetsontwerp bevat onder andere regelingen betreffende het statuut van degene die een openbaar mandaat, een openbaar ambt of een openbare functie bekleden op het niveau van de gemeentelijke instellingen, de OCMW en van de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap werden opgericht. Aangezien de Duitstalige Gemeenschap, vanwege de momenteel geldende bevoegdheidsverdeling, bevoegd is voor de basiswetgeving in deze gebieden⁶, werpt de commissie de vraag op, of de federale wetgever gemachtigd is om dergelijke regelingen aan te nemen.

Technische opmerkingen

2. Artikel 2 nr. 3 van het wetsontwerp breidt het aantal aangifteplichtigen uit tot de „inhoudelijke medewerkers” van de ministers. De voorgestelde formulering verwijst in dit verband naar de „strategische organen van de Federale regering en van de regering van de Duitstalige Gemeenschap”. De commissie wijst erop dat de regering van de Duitstalige Gemeenschap enkel beschikt over kabinetsmedewerkers en geen strategische organen opgericht heeft. De formulering zou daarom aangepast moeten worden op de specifieke situatie van de Duitstalige Gemeenschap.
3. Artikel 10 nr. 1 van het wetsontwerp verplicht de informatieverstrekkers onder andere de nodige informatie aan het Rekenhof te verschaffen over de grootteorde van het privé-inkomen van de aangifteplichtigen. Deze informatie moet worden verstrekt in de loop van de maand februari van elk jaar, respectievelijk binnen een maand na een ambtsaanvaarding of ambtsbeëindiging. De commissie wijst erop dat de informatieverstrekkers deze verplichting wellicht niet kunnen nakomen, omdat ze niet - of op zijn minst nog niet op het aangegeven tijdstip - over de nodige informatie beschikken. Indien nodig zou deze verplichting moeten worden geschrapt of is het nodig andere maatregelen te voorzien, die de informatieverstrekkers in staat stellen om aan deze verplichting te voldoen.

⁶ Voor de gemeentelijke instellingen, vergelijk art. 1 van het decreet van het Waalse Gewest van 27 mei 2004 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van sommige bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake de ondergeschikte besturen, gewijzigd door de decreten van 30 april 2009, 28 april 2014 en 17 december 2015;
Voor de OCMW, vergelijk art. 4 §2 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap in samenlezing met art. 5 §1 II. nr. 2 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;
Voor de diensten van de Duitstalige Gemeenschap, vergelijk art. 5 §1 en 54 van dezelfde wet van 31 december 1983 in samenlezing met art. 9 en 87 van dezelfde bijzondere wet van 8 augustus 1980.

TRADUCTION FRANÇAISE**PARLEMENT
DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE**

- 23 AVRIL 2018 – AVIS MOTIVÉ RELATIF À**
- **LA PROPOSITION DE LOI MODIFIANT LA LOI DU 31 DÉCEMBRE 1983 DE RÉFORMES INSTITUTIONNELLES POUR LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE EN CE QUI CONCERNE LE CUMUL D'INDEMNITÉS PUBLIQUES (DOC CH. 54 2813/001-3);**
 - **LA PROPOSITION DE LOI MODIFIANT, EN CE QUI CONCERNE LE CUMUL DES MANDATS, LA LOI DU 31 DÉCEMBRE 1983 DE RÉFORMES INSTITUTIONNELLES POUR LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE (DOC CH. 54 2817/001-2);**
 - **LA PROPOSITION DE LOI MODIFIANT LA LOI DE RÉFORMES INSTITUTIONNELLES DU 31 DÉCEMBRE 1983 POUR LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE (DOC CH. 54 0930/001)**

Session 2017-2018

Documents numérotés : 224 (2017-2018) n° 1
224 (2017-2018) n° 2
Compte rendu intégral : 23 avril 2018 – n° 50

Sollicitation d'un avis motivé
Proposition
Discussion et vote

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté ce qui suit :

Le 16 février 2018, en application de l'article 78 de la loi du 31 décembre 1983, la sollicitation d'un avis motivé concernant les propositions de loi mentionnées ci-dessus et les amendements y afférents est parvenue au Parlement de la Communauté germanophone à la demande du Président de la Chambre des représentants.¹

Les deux premières propositions de loi soumises pour avis (DOC Ch. 54 2813/001-3 et DOC Ch. 54 2817/001-2) font partie d'une série de 19 initiatives au total qui visent toutes à mettre en œuvre les recommandations du groupe de travail de la Chambre sur le renouveau politique². La troisième proposition de loi (DOC Ch. 54 0930/001) est une proposition de loi ayant été déposée auparavant et dont le contenu est presque identique à celui de la proposition de loi publiée dans le document de la Chambre 54 2817/001.

REMARQUES PRÉLIMINAIRES

Le Parlement constate qu'il existe des liens évidents entre les trois propositions de loi soumises pour avis et les autres initiatives en matière de renouveau politique. Ceci vaut notamment pour le projet de loi modifiant la législation relative aux déclarations de mandats et de patrimoine (cf. DOC Chambre 54 2810/006 et Sénat 6 408/001) qui aura des répercussions directes sur le statut de nombreux titulaires d'un mandat, d'une fonction ou d'une charge publique au niveau de la Communauté germanophone. Ceci nécessite une attention particulière étant donné le statut souvent spécifique de ces personnes.

Sur la base de ces constats et compte tenu du fait que les discussions au niveau fédéral relatives au projet de loi publié dans les documents de la Chambre 54 2810/006 et du Sénat 6 408/001 avaient déjà été très avancées, la Commission compétente du Parlement a décidé de formuler également des remarques concernant ce projet de loi et de les transmettre – préalablement à l'adoption du présent avis – au Président de la Chambre des représentants ainsi qu'à la Présidente du Sénat.

Le Parlement confirme désormais ces remarques annexées au présent avis.

DES PRÉSENTES PROPOSITIONS DE LOI

Le Parlement rappelle que ses membres bénéficient d'un statut spécifique qui – à l'exception du Président et du sénateur communautaire – s'oriente en ce qui concerne les règles relatives aux indemnités parlementaires et pensions parlementaires à une activité parlementaire définie comme secondaire. Pour cette raison, ce statut spécifique n'est pas comparable au statut des autres parlementaires du pays qui s'oriente à une activité à titre principal.

Compte tenu de cette situation, le Parlement réclamera, chaque fois qu'il le juge nécessaire, des réglementations spécifiques pour ses membres.

En ce qui concerne les propositions de loi soumises pour avis, le Parlement constate que – en raison du statut spécifique mentionné dans le paragraphe précédent – une formulation alternative différente de celle qui est prévue pour les autres parlementaires du pays s'avère nécessaire.

Comme énoncé dans les développements des propositions de loi soumises pour avis³ et dans le rapport du groupe de travail de la Chambre sur le renouveau politique⁴, la règle

¹ Voir document 224 (2017-2018) n° 1.

² Cf. DOC Ch. 54 2584/001.

³ Cf. DOC Ch. 54 2813/001, p. 3 et Ch. 54 2817/001, p. 3.

⁴ Cf. DOC Ch. 54 2584/001, p. 10.

dite des 150 % restera – même après l'adoption des modifications proposées – la base pour la limitation des indemnités d'un parlementaire. D'après cette règle, le montant de toutes les indemnités d'un parlementaire découlant de l'exercice de son mandat parlementaire ainsi que de ses autres mandats, fonctions ou charges publics d'ordre politique ne peut pas dépasser 150 % du montant de l'indemnité parlementaire perçue par les membres de la Chambre des représentants.

Dans la législation actuellement en vigueur pour tous les parlementaires⁵, le plafond des indemnités est fixé en tenant compte uniquement des indemnités qu'un parlementaire perçoit en rétribution des activités exercées en dehors de ses mandats, fonctions ou charges publics d'ordre politique. Ainsi, le montant de ces indemnités ne peut excéder la moitié (50 %) du montant de l'indemnité allouée aux membres de la Chambre des représentants.

Cette formulation est appropriée pour les membres du Parlement fédéral, des parlements régionaux et des autres parlements communautaires puisque l'indemnité parlementaire est pratiquement identique pour tous et correspond à celle de la Chambre des représentants.

Par contre, cette formulation peut avoir des répercussions importantes pour les membres du Parlement de la Communauté germanophone puisque leur indemnité parlementaire s'oriente à une activité parlementaire définie comme secondaire. Pour cette raison, elle n'est pas comparable à l'indemnité perçue par les membres de la Chambre des représentants. Ce statut spécifique a pour conséquence que les membres du Parlement de la Communauté germanophone ont potentiellement besoin des indemnités perçues en rétribution de leurs mandats, fonctions ou charges extra-parlementaires pour bénéficier d'une rémunération appropriée. La limitation des indemnités extra-parlementaires à 50 % du montant de l'indemnité allouée aux membres de la Chambre des représentants découlant de la formulation actuelle entravera éventuellement la réalisation de cet objectif et aura ainsi peut-être une influence négative sur l'accessibilité du mandat parlementaire en Communauté germanophone.

Par conséquent, le Parlement demande d'apporter une modification à l'article 14bis, alinéa 1, de la loi précitée du 31 décembre 1983. Cette modification supplémentaire devrait être formulée de manière à ce que les indemnités perçues par un membre du Parlement de la Communauté germanophone dans l'exercice de son mandat parlementaire ainsi que dans l'exercice d'autres mandats, fonctions ou charges publics d'ordre politique ne puissent pas dépasser 150 % du montant de l'indemnité parlementaire perçue par les membres de la Chambre des représentants.

Par ailleurs, le Parlement se félicite des modifications prévues actuellement dans les propositions de loi qui – en ce qui concerne les indemnités découlant de l'exercice d'un mandat, d'une fonction ou d'une charge publics d'ordre politique – introduisent les mêmes nouveautés que celles qui devraient être appliquées à tous les autres parlementaires du pays (cf. DOC Ch. 54 2811/001-4, DOC Ch. 54 2812/001-3, DOC Ch. 54 2815/001-2 et DOC Ch. 54 2816/001-2).

⁵ Cf. art. 1quinquies, alinéa 1, de la loi du 06.08.1931 ; art. 31ter, §1bis, alinéa 1, de la loi spéciale du 08.08.1980 ; art. 14bis, alinéa 1, de la loi du 31.12.1983 de réformes institutionnelles et art. 25, §1bis, de la loi spéciale du 12.01.1989.

D'un point de vue technique, ceci devrait avoir pour conséquence :

- qu'il faut – en vue de l'adoption des modifications – veiller à ce que la formulation des dispositions des propositions de loi soumises pour avis soit identique à celle qui concerne les autres parlementaires du pays ou à celle qui a déjà été adoptée dans le cadre du projet de loi modifiant la législation relative aux déclarations de mandats et de patrimoine (cf. DOC Ch. 54 2810/006) et
- que la proposition de loi publiée dans le document de la Chambre 54 2817/001 est préférable à la proposition de loi publiée dans le document de la Chambre 54 0930/001.

Afin de préserver les droits des mandataires dans la législature actuelle, le Parlement se félicite enfin que les modifications envisagées entrent en vigueur le lendemain du prochain renouvellement intégral de la Chambre des représentants.

ADOPTÉ PAR LE PARLEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Eupen, le 23 avril 2018

Stephan THOMAS
Greffier

Alexander MIESEN
Président

ANNEXE

REMARQUES CONCERNANT LE PROJET DE LOI MODIFIANT LA LEGISLATION RELATIVE AUX DECLARATIONS DE MANDATS ET DE PATRIMOINE EN CE QUI CONCERNE LA TRANSPARENCE DES REMUNERATIONS, L'EXTENSION AUX ADMINISTRATEURS PUBLICS, LE DEPOT ELECTRONIQUE ET LE CONTROLE

Document de la Chambre 54-2810/006
Document du Sénat 6-408/001

Remarque fondamentale

1. Le projet de loi contient entre autres des dispositions relatives au statut des titulaires d'un mandat, d'une fonction ou d'une charge publics au niveau des institutions communales, des CPAS et des services instaurés par la Communauté germanophone. Comme, sur base de la répartition actuelle des compétences, la Communauté germanophone est compétente pour la législation organique dans ces domaines,⁶ la Commission soulève la question de savoir si le législateur fédéral est habilité à adopter de telles dispositions.

Remarques techniques

2. L'article 2, 3°, du projet de loi élargit le cercle des assujettis aux « collaborateurs de fond » des ministres. La formulation proposée renvoie dans ce contexte aux « organes stratégiques des membres du gouvernement fédéral et du gouvernement de la Communauté germanophone ».
La Commission fait remarquer que le gouvernement de la Communauté germanophone ne compte que des collaborateurs de cabinet et n'a pas mis en place des organes stratégiques. La formulation devrait donc être adaptée à la situation spécifique de la Communauté germanophone.
3. L'article 10, 1°, du projet de loi impose aux informateurs de communiquer à la Cour des comptes entre autres des données relatives à l'ordre de grandeur des rémunérations privées des assujettis. Cette information doit être transmise dans le courant du mois de février de chaque année ou dans le mois qui suit l'entrée en fonction ou la cessation de la fonction.
La Commission fait remarquer que les informateurs ne sont probablement pas en mesure de remplir cette obligation puisqu'ils ne disposent pas – ou à tout le moins pas encore au moment indiqué – de l'information susmentionnée. Le cas échéant, il faudrait supprimer cette obligation ou prévoir des mesures supplémentaires afin de permettre aux informateurs de remplir cette obligation.

⁶ Pour les institutions communales, cf. art. 1er du décret de la Région wallonne du 27 mai 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, modifié par les décrets du 30 avril 2009, 28 avril 2014 et 17 décembre 2015 ; pour les CPAS, cf. art. 4, §2, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone renvoyant à l'art. 5, §1, II., 2°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles ; pour les services de la Communauté germanophone, cf. art. 5, §1, et 54 de la même loi du 31 décembre 1983 renvoyant à l'art. 9 et l'art. 87 de la même loi spéciale du 8 août 1980.